

Unternehmen und CSR – Welche Rolle spielt die Politik?

Verantwortung und Engagement, nicht nur für ökonomische, sondern auch für ökologische und soziale Belange, geht Unternehmen und Verbraucher gleichermaßen an – doch erst durch Zusammenwirken von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik kann soziale Verantwortung gelingen. Ob auf Bundes- oder auf Landesebene: Die Politik spielt bei der Ausgestaltung unternehmerischer CSR-Aktivitäten ebenfalls eine wesentliche Rolle.

M1: Gründung des Nationalen CSR-Forums

Das CSR-Forum, dem 44 Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaft angehören, berät das Bundesministerium für Arbeit und Soziales seit Januar 2009 bei der Entwicklung und Umsetzung einer Nationalen CSR-Strategie. Das CSR-Forum hat am 30. April 2009 ein „Gemeinsames Verständnis von CSR“ als Basis seiner weiteren Beratungen beschlossen. Am 22. Juni 2010 beschloss das CSR-Forum einen Empfehlungsbericht an die Bundesregierung, auf dessen Grundlage diese am 6. Oktober 2010 einen Nationalen Aktionsplan CSR im Bundeskabinett verschieden hat.

(Quelle: <http://www.csr-in-deutschland.de/csr-in-deutschland/nationales-csr-forum/csr-forum.html>)



M2: Nationale Strategie: der „Aktionsplan CSR“¹

Zum Erfolg von CSR braucht es engagierte Unternehmen, die CSR in ihre Unternehmensstrategie einbeziehen – eine lebendige Zivilgesellschaft, die CSR einfordert und belohnt sowie eine aktive Politik, die gesellschaftliche Ziele formuliert und ein positives Umfeld für CSR schafft. (...) Die Bundesregierung möchte mit dem „Aktionsplan CSR“ das Zusammenspiel von Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft so gestalten, dass gemeinsame Lösungen zur Bewältigung der großen ökonomischen, sozialen und ökologischen Herausforderungen möglich werden. (...) Die Bundesregierung wird ein Beratungs- und Coaching-Programm für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) durchführen. (...) Sie wird strategische Partnerschaften und Netzwerke aufbauen, um positive Unternehmensbeispiele und gute Erfahrungen zur Verbreitung und erfolgreichen Umsetzung von CSR zu nutzen. (...) Die Bundesregierung wird die öffentliche Anerkennung von CSR-Aktivitäten durch die Vergabe eines neuen CSR-Preises fördern. (...) Sie wird das Thema CSR in der Öffentlichkeit breiter bekannt machen und vor allem Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Investorinnen und Investoren für die Thematik sensibilisieren.

(Quelle: http://www.aktive-buergerschaft.de/fp_files/StudienBerichte/bg_bmas_AktionsplanCSR2010-10-06.pdf)

M3: Beschluss der EU-Kommission: Ausweitung der Berichtspflichten für Unternehmen

Unternehmen in der EU sollen künftig gesellschaftliches Engagement auf verpflichtender Basis offenlegen: Strategien und Ergebnisse bei umwelt- und mitarbeiterbezogenen Aspekten, die Achtung der Menschenrechte oder die Vielfalt („Diversity“) in den Aufsichtsräten – diese und weitere „nicht-finanzielle Informationen“ sind Gegenstand des am 16. April 2013 angenommenen Vorschlags der EU-Kommission zur Änderung der Rechnungslegungsrichtlinien. Der Vorschlag bezieht sich auf Unternehmen, die mehr als 500 Beschäftigte haben, mit Hauptsitz in der EU gemeldet sind oder in einem EU-Mitgliedsland börsennotiert sind und zusätzlich im Jahr entweder eine Jahresbilanz von 20 Mio. Euro oder 40 Mio. Euro Umsatz aufweisen.

(Quelle: www.csr-in-deutschland.de/aktuell/nachrichten/artikel/beschluss-der-eu-kommission-ausweitung-der-berichtspflichten-fuer-unternehmen.html)

M4: Stellungnahme des CSR-Forums zum EU-Vorschlag

Über den Vorschlag der EU-Kommission, die wettbewerbsneutrale Verbesserung von „Offenlegung von sozialen und ökologischen Informationen durch die Unternehmen“ (4.5) durch „einen Vorschlag für eine Rechtsvorschrift über die Transparenz der sozialen und ökologischen Informationen, die von den Unternehmen aller Branchen bereitgestellt werden“ zu erreichen, konnte im CSR-Forum kein Konsens erreicht werden. Während vor allem Vertreter/innen der Wirtschaft und der Bundesregierung darin keinen Erfolg versprechenden Ansatz sehen, die damit angestrebten Ziele zu erreichen, unterstützen die Gewerkschaften, Verbrauchervertreter und die zivilgesellschaftlichen Organisationen diesen Vorschlag.

(Quelle: www.csr-in-deutschland.de/fileadmin/user_upload/Downloads/CSR_in_Deutschland/CSR_Forum/Download/Beschluss_Stellungnahme_CSR_Forum_zu_CSR_Mitteilung_EU_final-Reinschrift-.pdf)

M5: Einwand seitens der Unternehmen: „Vielfalt von CSR erhalten“

Basis für die gesellschaftliche Verantwortung eines jeden Unternehmens ist seine Wettbewerbskraft und die Fähigkeit, Gewinne zu erzielen, damit es investieren und seine Zukunftsfähigkeit sichern kann. Wirtschaftlicher Erfolg und

¹ Das Bundeskabinett hat am 6. Oktober 2010 die Nationale Strategie zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen (Corporate Social Responsibility - CSR) in Form eines Aktionsplans CSR verabschiedet. <http://www.csr-in-deutschland.de>

gesellschaftliche Verantwortung sind keine Gegensätze, sondern bedingen sich einander. Vor diesem Hintergrund sind Initiativen zur gesetzlichen Berichterstattung über nicht-finanzielle Informationen entschieden abzulehnen. Diese verkennen den Wesenskern von CSR, nämlich die Freiwilligkeit des gesellschaftlichen Engagements von Unternehmen. Ein Berichtszwang würde auch zu einem erheblichen Zuwachs an Bürokratie für Unternehmen führen und in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen. Die Förderung von Dialogprozessen und der Austausch von Best Practice sind sinnvoller als die geplanten Berichtspflichten. Unternehmen werden so unbürokratisch in ihrer Kreativität und ihrer Suche nach den besten Lösungen unterstützt.

(Quelle: http://www.arbeitgeber.de/www%5Carbeitgeber.nsf/id/DE_Corporate_Social_Responsibility_CSR)

M6: Zentrale Studienergebnisse von IMPACT²

Dass ein Unternehmen – unabhängig von seiner Größe – aktive CSR-Politik betreibt, ist mittlerweile Standard und für die meisten Unternehmen wesentlich mehr als eine freiwillige Maßnahme für Wettbewerbs- und Imagevorteile. (...) CSR hat einen erkennbaren Effekt, dieser kann aber lediglich als leicht positiv bezeichnet werden. (...) Mehrere Ergebnisse der Studie weisen darauf hin, dass das Vertrauen in Selbstverpflichtung und freiwilliges Engagement von Unternehmen nicht ausreicht, um übergreifend nachhaltige gesellschaftliche Veränderungen zu erzielen. Auch die bisher nur „weichen“ politischen Anreize für CSR-Engagement in Deutschland haben keinen maßgeblichen Einfluss. Zu ihnen zählen beispielsweise CSR-Awards, Informations- sowie Netzwerkplattformen. Das Öko-Institut fordert deswegen die Politik auf, das verfügbare Instrumentarium besser auszunutzen,

regulatorisch stärker einzugreifen und wenn nötig auch vor härteren Maßnahmen wie Mindeststandards oder Verboten nicht zurückzuschrecken.

(Quelle: <http://www.oeko.de/oekodoc/1816/2013-488-de.pdf>)

M7: Offener Brief an Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, wir, Amnesty International, Germanwatch und Oxfam Deutschland, werden uns gemeinsam für die Einführung einer ausgewogenen unternehmerischen Transparenzpflicht einsetzen. Mit großer Sorge verfolgen wir die abwehrende Verhandlungslinie der Bundesregierung im EU-Ministerrat bei der Gestaltung der „Richtlinie zur Einführung von Offenlegungspflichten von Unternehmen zu nicht-finanziellen Informationen“. Diese Haltung führt dazu, dass von dem ursprünglichen Sinn und Zweck des Gesetzesvorschlags – nämlich Transparenz und gleiche Regeln für alle zu schaffen – nichts mehr übrig bleibt. (...) Die Bundesregierung setzt zudem ein falsches Signal, wenn sie sich weiterhin dafür stark macht, dass möglichst wenige Unternehmen von der Richtlinie umfasst werden. Damit verhindert sie gleiche Regeln für alle und die nötige Vergleichbarkeit zwischen allen großen Unternehmen. Transparenz ist die Grundlage dafür, dass Unternehmen für Risiken, die von ihnen verursacht werden, auch Verantwortung übernehmen und dass Konsumenten ihre Kaufentscheidungen angemessen treffen können.

(Quelle: www.cora-netz.de/wp-content/uploads/2014/02/2014-02-17_NFR_Merkel_Brief-AI-Germanwatch-Oxfam-CorA.pdf)



®

Aufgaben:

1. **Zeigen** Sie **auf**, wie die Politik ihre eigene Rolle im Bereich CSR beschreibt. **Benennen** Sie dabei die verschiedenen Strategien, die ergriffen werden sollen. (M1, M2)
2. **Beschreiben** und **vergleichen** Sie die Haltung der Bundespolitik hinsichtlich der CSR-Bemühungen von Unternehmen mit der EU-Politik in Brüssel. (M1, M2, M3, M4)
3. Soll CSR wie bisher auf freiwilliger Basis erfolgen oder durch Gesetze verpflichtend geregelt werden? **Analysieren** Sie hierzu die verschiedenen Positionen seitens Politik, Unternehmerschaft und Gesellschaft. (M4, M5, M6, M7)
4. **Diskutieren** Sie im Plenum die Vor- und Nachteile der Freiwilligkeit von CSR und andererseits potentieller gesetzlicher Vorgaben.

²IMPACT steht für „Impact Measurement and Performance Analysis of CSR“: www.iso.de/projekte/abgeschlossene-projekte/transdisziplinaere-methoden-und-konzepte/impact/